



Theo Mechtenberg

Ein Gesetz belastet die polnisch-jüdischen Beziehungen

Zu der von Jarosław Kaczyński und seiner nationalkonservativen Regierung verfolgten Politik gehört eine Geschichtspolitik, deren Ziel ein nationales Selbstbild ist, das die eigene Opferrolle und den eigenen Heroismus betont, zugleich aber all das, was in dieses Bild nicht passt oder ihm entgegensteht, ausblendet. Dabei hat es in der Vergangenheit durchaus Bemühungen gegeben, einen derartigen, vor allem das polnisch-jüdische Verhältnis betreffenden Verdrängungsprozess aufzuarbeiten und auf diese Weise eine Reinigung des nationalen Gedächtnisses zu bewirken. Es sind vor allem zwei öffentliche Diskussionen, an die als Voraussetzung des Verständnisses der neuerlichen Belastung des polnisch-jüdischen Verhältnisses zu erinnern ist.

Die Reaktion auf Lanzmanns Film „Shoa“

Der 1985 ausgestrahlte Film „Shoa“ des französischen Regisseurs Claude Lanzmann führte in Polen zu heftigen Protesten. Er bot in der Tat ein verzerrtes Bild. Befragt wurden vor allem antijüdisch eingestellte Dorfbewohner, die im Holocaust eine Strafe für den Gottesmord sahen. Die polnische Gesellschaft reagierte auf den Film mit weitgehender Ablehnung, so dass sich sogar die Regierung genötigt sah, gegen gewisse, Polen gewidmete Passagen des Films, beim französischen Außenministerium Protest einzulegen.

In dieser Situation hinterfragte der Literaturwissenschaftler Jan Bloński diese Reaktion purer Entrüstung. Er wertete sie als Versuch einer Selbstrechtfertigung. In seinem im „Tygodnik Powszechny“ veröffentlichten Beitrag (9/1987) machte er deutlich, dass die Position der Selbstrechtfertigung eine selbstkritische Wahrnehmung eigener Schuld blockiert. An ihrer Stelle „sollten wir uns selbst prüfen, an unsere Sünde, unsere Schwachheit denken. Diese moralische Umkehr ist in unserem Verhältnis zur polnisch-jüdischen Vergangenheit unbedingt notwendig.“

Bloński lässt die damalige, auch für Polen lebensbedrohliche Situation der Besatzungszeit nicht als Grund für eine Selbstrechtfertigung gelten: „Wir sollten aufhören, die Schuld den politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Umständen zuzuschreiben, sondern zuerst sagen: Ja, wir sind schuldig.“ Bloński möchte, dass man sich trotz all dem der Frage stellt, wie man sich gegenüber dem Schicksal der Juden verhalten hat. War es Gleichgültigkeit, ein verschämtes Wegschauen, bloßes Mitgefühl, ein Leiden unter der eigenen Tatenlosigkeit? Es geht ihm um die Anerkennung „moralischer Mitschuld“, von der sich kein Pole freisprechen

dürfe, zumal „es eben in Polen die meisten Juden gab“ und somit die Polen „moralisch am meisten verpflichtet“ waren.



Der Mord an jüdischen Nachbarn in Jedwabne

Der aus Polen stammende, als Politologe an der Universität New York lehrende Jan Tomasz Gross hatte mit seinem in polnischer Sprache erschienenen Buch mit dem lapidaren Titel „Nachbarn“ (2001) eine zweite Welle öffentlicher Diskussion ausgelöst. In seinem Buch untersucht er die Vorgänge vom 10. Juli 1941, als in dem ostpolnischen Städtchen Jedwabne nach Aussagen

von Zeugen hunderte Juden von ihren polnischen Nachbarn bei lebendigem Leib in einer

Scheune verbrannt wurden. Auf die wissenschaftliche Auseinandersetzung um dieses Buch, die weitere Erforschung notwendig macht, kann hier nicht eingegangen werden. Sie ändert aber nichts an der Tatsache, dass es an diesem Tag zu den Morden gekommen ist.

Auch diese Anfang des neuen Jahrtausends geführte Debatte diente der Reinigung nationalen Gedächtnisses. So betonte Professor Leon Kieres, damals Direktor des Warschauer Instituts Nationalen Gedächtnisses (IPN): „Jedwabne kann sich als unsere Katharsis erweisen. Es ist der letzte Augenblick, uns zu reinigen. Niemals mehr erreichen wir in der Gesellschaft eine solche Spannung und einen derartigen Willen, diese Dinge aufzuklären.“¹ Und Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski begab sich am 10. Juli 2001, am 60. Jahrestag des Pogroms, persönlich nach Jedwabne und sagte dort in seiner Rede: „Hier in Jedwabne kamen Bürger der Republik Polen durch die Hand anderer Bürger der Republik ums Leben. Nachbarn bereiteten Nachbarn dieses Los. Als Mensch, als Bürger und Präsident der Republik Polen bitte ich um Vergebung.“

Ein Gesetz im Dienst „schamloser“ Gedächtnispolitik

Alle diese Bemühungen um eine Reinigung des nationalen Gedächtnisses sind aus der Sicht der nationalkonservativen Partei und Regierung nichts anderes als – wie Jarosław Kaczyński dies nannte – eine „Pädagogik der Scham“. Dabei kann er an die Widerstände anknüpfen, die es damals gegen die Aufarbeitung einer dunklen Vergangenheit gegeben hat, zumal in nationalkatholischen Kreisen. Diese sahen in der durch Jedwabne ausgelösten Diskussion reine „Hysterie“, diffamierten den Holocaust als „Götzen“, vor dem nach dem Willen der Juden die Kirche „in die Knie gehen“ soll, die blind dafür sei, dass es sich hier um ein gutes „gesetzt“ handelt² - Aussagen eines Priesters, die am 14. März 2001 im „Nasz Dziennik“ publiziert und von „Radio Maryja“ ausgestrahlt wurden. Kaczyński und seine Mitstreiter verordnen eine Geschichtspolitik, mit der die Schatten der Vergangenheit verdrängt, unleugbare Fakten von an Juden verübten Verbrechen bezweifelt oder als Randphänomene bagatellisiert werden, in der für Bitten um Vergebung im Namen der Nation kein Platz ist. Diese „schamlose“ Rhetorik bewirkte bereits einen Mentalitätswandel in der Gesellschaft im Sinne einer heroischen Gedächtniskultur, verbunden mit aggressiven Attacken gegen alle angeblichen „inneren und äußeren Feinde“, die sich diesem „guten Wandel“ widersetzen. Vor diesem Hintergrund ist die neue, für das Institut Nationalen Gedächtnisses (IPN) verbindliche Gesetzeslage zu verstehen.

Kritik aus Israel und von jüdischen Organisationen

Die israelische Kritik an diesen Gesetzesbestimmungen erfolgte prompt. Jüdische Zeitungen versahen ihre erste Seite mit Zitaten aus dem Gesetzestext und fügten als Schlagzeile hinzu: „mit diesem Gesetz kann man die Überlebenden nicht zum Schweigen bringen“. Ministerpräsident Netanjahu zeigte sich empört und forderte die Rücknahme des Gesetzes. Auch der Jüdische Weltkongress meldete sich zu Wort. Er sieht in dem Gesetz eine „beunruhigende Verharmlosung der Geschichte“ sowie eine „Attacke gegen die Demokratie“. Moderater, doch in der Sache deutlich, äußerte sich B'nai B'rith International: „Mit größtem Mitgefühl nehmen wir die mit dem Gebrauch des Terminus ‚polnische Vernichtungslager‘ verbundenen Frustrationen zur Kenntnis. Doch das angenommene Gesetz geht weit über dieses Problem hinaus. Es stellt den Versuch dar, die Stimmen der Geretteten und ihrer Familien zum Schweigen zu bringen. Es ist eine Frage von höchstem Gewicht, dass sich jedes Land seiner schmerzlichen Geschichte und den hässlichen Episoden seiner Vergangenheit auf eine offene und ehrliche Weise stellt. [...] Im Falle Polens bedeutet dies, die dem Holocaust vorausgehende und bis heute andauernde Geschichte des Antisemitismus in den Blick zu nehmen.“

¹ Leon Kieres, Głęboki wymiar pamięci (Tiefendimension des Gedächtnisses), Tygodnik Powszechny v. 17.06.2001.

² Zbigniew Nosowski, Obojętność, wrogość (Gleichgültigkeit, Feindschaft), Więzy 4/2001, S. 55.

Diese Erklärung zeigt, dass man auf jüdischer Seite durchaus Verständnis dafür hat, dass das IPN-Gesetz den im Ausland immer wieder verwendeten Terminus „polnische Konzentrationslager“ unter Strafe stellt. Die Tatsache, dass sich die von Deutschen errichteten Lager auf polnischem Boden befanden, rechtfertigt eine derartige Benennung nicht. Es ist daher keine Frage, dass Polen hier Klarheit schaffen und nicht den geringsten Zweifel aufkommen lassen will, dass nicht die Polen, sondern die Deutschen dafür die alleinige Verantwortung zu tragen haben.

Der neuerliche polnisch-jüdische Streit entzündete sich an Artikel 55 des IPN-Gesetzes: „Wer der polnischen Nation oder dem polnischen Staat öffentlich und im Widerspruch zu den Fakten, die Verantwortung oder eine Mitverantwortung für die vom Deutschen III. Reich verübten nazistischen Verbrechen zuschreibt [...] oder wer für andere Verbrechen gegen Frieden und Menschlichkeit sowie für Kriegsverbrechen bzw. wer auf andere Weise die Verantwortung der wahren Täter solcher Untaten stark verharmlost, kann zu einer Geldstrafe oder einer Haftstrafe bis zu drei Jahren verurteilt werden.“

Die Kritik aus Israel und von jüdischen Organisationen richtet sich dagegen, dass die Behauptung einer **Mitverantwortung** der polnischen Nation für von den Deutschen verübten Verbrechen unter Strafe gestellt werden soll. Es ist schließlich unbestreitbar und historisch längst belegt, dass Polen im Zweiten Weltkrieg Juden ausgeliefert und auch ermordet haben. Man macht es sich zu einfach, jene Polen, die sich solcher Verbrechen schuldig gemacht haben, gleichsam – wie eine Äußerung von Präsident Duda belegt – von der Nation auszuschließen, so dass es sich erübrigen würde, für diese Untaten, wie dies Präsident Kwaśniewski in Jedwabne getan hat, im Namen der Nation die Verantwortung zu übernehmen und um Vergebung zu bitten. Dann bliebe nur mehr der von Premier Morawiecki in einer Fernsehansprache verbreitete Mythos eines Polen übrig, das im Zweiten Weltkrieg, auf sich allein gestellt, versucht habe, angesichts des Holocaust das Weltgewissen zu wecken, dabei aber gegen eine Mauer der Gleichgültigkeit angerannt sei. In einem solchen, vom neuen IPN-Gesetz flankierten Selbstbild stören natürlich die Zeugnisse von Juden, die durch Polen Leid und Verachtung erfahren haben – und dies nicht nur im Zweiten Weltkrieg, sondern auch in der Zwischenkriegszeit und – woran in diesem Jahr zu erinnern wäre – unter kommunistischer Herrschaft im März 1965, als sich unter einem starken antisemitischen Druck Tausende von Juden genötigt sahen, das Land zu verlassen.

Antisemitische Reaktionen

Mit diesem Gesetz, so scheint es, hat die nationalkonservative Regierung erneut die Büchse der Pandora weit geöffnet und dem in Teilen der polnischen Gesellschaft präsenten Antisemitismus freie Bahn verschafft; dies vor allem unter Nutzung des Internet. Und das staatliche Fernsehen sendete dann auch noch zahlreiche Twitter, mit denen polnische Antisemiten auf die Kritik aus Israel reagierten. Einer sei an dieser Stelle zitiert: „Die Juden ließen ihre Maske fallen und haben ihr wahres Gesicht gezeigt – der Holocaust dient ihnen dazu, von Polen unablässig viele Milliarden Dollar imaginärer Entschädigung zu fordern.“

Die israelische Kritik rief das extremistische Lager der Nationalisten auf den Plan, und das protestierte zunächst lautstark vor der israelischen Botschaft gegen die „israelische Polenfeindschaft“. Am 05. Februar versammelten sie sich mit zahlreichen Plakaten vor dem Sitz des Präsidenten³, um ihn zu drängen, das IPN-Gesetz zu unterzeichnen, was er auch am folgenden Tag tat. Die vornehmlich jungen Leute des Radikal-Nationalen Lagers (ORN) ließen ihrem Antisemitismus freien Lauf: „Genug der jüdischen Lügen!“ – „Wir entschuldigen uns für Jedwabne nicht.“ – „Kehrt heim nach Israel.“ Und in Anspielung auf eine gemeinsame Sabbatfeier direkt an Präsident Duda gewandt: „Nimm das Käppi ab und unterschreibe.“

Geredet wurde auch. Als erster sprach Robert Winnicki, Sejmaabgeordneter der Nationalen Bewegung (RN). Er relativierte den Holocaust, indem er behauptete, es habe im Zweiten Weltkrieg viele solcher Völkermorde gegeben, „auch an der polnischen Nation.“ Der Protest

³ Kalina Błażejowska, Jak dziarscy chłopcy Andrzej Dudę zagrzewał (Wie wackere Burschen Andrzej Duda anfeuerten), Tygodnik Powszechny v. 18.02.2018.

Israels gegen das Gesetz diene lediglich dazu, den Forderungen nach Entschädigungen Nachdruck zu verleihen: „Der Grund ist Geld, viel Geld“ für angeblich konfisziertes jüdisches Eigentum. Er ermutigte seine Zuhörer zur Gegenattacke: „Wir müssen auch davon sprechen, dass es jüdische Kollaborateure gab, die den Deutschen beim Holocaust halfen. Wenn sie uns so perfide angreifen, dann erinnern wir daran, was sie nach dem Zweiten Weltkrieg im Sicherheitsdienst machten, dass sie polnische Patrioten ermordeten.“

Winnicki war nicht der einzige Redner an diesem Abend. Auch Robert Bąkiewicz, Organisator des „Marsches der Unabhängigkeit“, trat auf. Er stieß in das gleiche antisemitische Horn, sprach von einer jüdischen „fünften Kolonne“, davon, dass die Regierung Millionen Złoty für den Erhalt jüdischer Friedhöfe zur Verfügung stelle, aber für polnische Gräber in der Westukraine kein Geld habe. Und sein Stellvertreter führte die schnelle Verabschiedung des IPN-Gesetzes auf die Manifestation vor der israelischen Botschaft zurück.

Zum Abschluss der Veranstaltung nahm nochmals Winnicki das Wort und attackierte die Bischöfe: „Als Katholik, als gläubiger Mensch, als Verehrer von Primas Wyszyński, schäme ich mich, dass der Episkopat – insbesondere seine Führung, die für Tage des Judaismus, für Tage des Islam Zeit findet, den Nationalismus aber verdammt – seit zehn Tagen schweigt. Das ist eine Schande, Schande und Verrat am Erbe von Primas Wyszyński, ein Verrat der von ihm verfolgten nationalen Linie.“

Der Journalist Witold Gadomski sieht die Regierung angesichts dieser Problemlage „in der Falle des Antisemitismus“, weil Kaczyński das Gesetz nicht mehr stoppen könne, ohne dass seine antisemitisch eingestellte Wählerschaft darauf empört reagieren würde.

Bemühungen um eine Schlichtung des Konflikts

Die nationalkonservative Regierung scheint von der massiven israelischen Kritik überrascht worden zu sein. Erste Reaktionen waren denn auch eine brüske Zurückweisung der Kritik. Man betonte, „keine Vorschriften des IPN-Gesetzes zu verändern.“ Und von der Regierungssprecherin Beata Mazurek war zu hören: „Wir haben genug von den Beschuldigungen Polens und der Polen für von Deutschen verübte Verbrechen.“

Auch Premier Tadeusz Morawiecki sah zunächst keinen Grund für eine diplomatische Initiative. Er begnügte sich vorerst mit einem äußerst unpassenden, in der Sache nicht hilfreichen Twitter: „Wenn grausame Banditen ein Haus überfallen, in dem zwei Familien wohnen, und die eine Familie fast gänzlich auslöschen, in der anderen Mutter und Vater ermorden und die Kinder quälen, schließlich das ganz Haus plündern und in Brand setzen, - dann kann niemand sagen, die zweite Familie sei an den Grausamkeiten der Banditen schuld.“

Doch nach ersten Abwiegelungsversuchen mehrten sich auf polnischer Seite die Anzeichen einer Bemühung um Beilegung des Konflikts. So hatte Präsident Duda wohl das Gesetz unterschrieben, es aber an das Verfassungsgericht zur Prüfung weitergeleitet. Dort wird es wohl vorerst einmal ruhen. Damit ist unklar, ob es bereits jetzt schon angewandt wird.

Auch der Präses von IPN versuchte, die Wogen zu glätten. Zwar sei die Einmischung eines anderen Staates in eine noch nicht abgeschlossene Gesetzgebung unzulässig, aber er bekräftigte, das Gesetz beschränke nicht die wissenschaftliche Forschung und auch nicht die Meinungsfreiheit. Es richte sich nur „gegen eine gezielte Verfälschung der Geschichte, gegen eine Verharmlosung der Opfer sowie gegen die Herabwürdigung der noch lebenden Häftlinge deutscher Konzentrationslager.“ Das Gesetz sei vor allem wegen des Terminus „polnische Todeslager“ notwendig, der immer wieder für Auschwitz und andere von den Deutschen in Polen errichtete Konzentrationslager verwandt werde und den Gedanken nahelege, nicht die Deutschen, sondern die Polen trügen für sie die Verantwortung.

Am Ende brauchte es nur wenige Tage, bis die von der Kaczyński-Partei geführte Regierung den Ernst der Lage erkannte. Jedenfalls nahm sich Premier Morawiecki schließlich der Sache an. Hatte er noch vor seinem Gespräch mit der israelischen Botschafterin mit der Äußerung „in Yad Vashem fehlt neben den 7000 Bäumen für polnische Gerechte unter den Völkern ein

weiterer Baum – für ganz Polen“ einen eher harten Standpunkt vertreten, so brachte er bald darauf die gemeinsame Erklärung beider Regierungen Polens und Israels aus dem Jahr 2016 in Erinnerung, mit der „sie sich allen Versuchen einer Verfälschung der jüdischen und der polnischen Geschichte durch Negieren und Minderung der Opfer der Juden im Holocaust sowie des Gebrauchs falscher Termini wie ‚polnische Todeslager‘ widersetzen.“

Am Abend des 28. Januar kam es dann zu einem Telefonat zwischen Morawiecki und Netanjahu. Man vereinbarte die Bildung einer gemeinsamen Expertengruppe, die sich mit dem entstandenen Konflikt befassen und Lösungsvorschläge machen soll. Damit ist vorerst eine gewisse Beruhigung der beiderseitigen Beziehungen eingetreten.

Bei Abfassung dieses Beitrags kam mir eine über 20 Jahre zurückliegende Szene in den Sinn, die sich in einer westfälischen Universität zugetragen hat. Auf der dort stattgefundenen Tagung zu den deutsch-polnisch-jüdischen Beziehungen kam es zu einem Eklat, als jüdische Teilnehmer aus Israel und den USA die Auffassung vertraten, die Polen seien im Zweiten Weltkrieg durch ihren Antisemitismus in den Holocaust verstrickt gewesen, ein Vorwurf, den die polnischen Vertreter vehement zurückwiesen. Es entwickelte sich in Anwesenheit von uns Deutschen ein heftiger polnisch-jüdischer Streit. Ich fühlte mich damals als bloßer Zuschauer äußerst unwohl und erkannte in dieser Stunde die Unangemessenheit der von uns Deutschen eingenommenen Beobachterrolle. Denn ohne den Überfall auf Polen, ohne die von uns Deutschen allein zu verantwortende Judenvernichtung wäre den Polen die moralische Herausforderung erspart geblieben, der sie sich in jener Zeit gegenüber sahen. Mir wurde klar, dass wir für die daraus resultierende Belastung der polnisch-jüdischen Beziehung eine Mitverantwortung zu tragen haben.